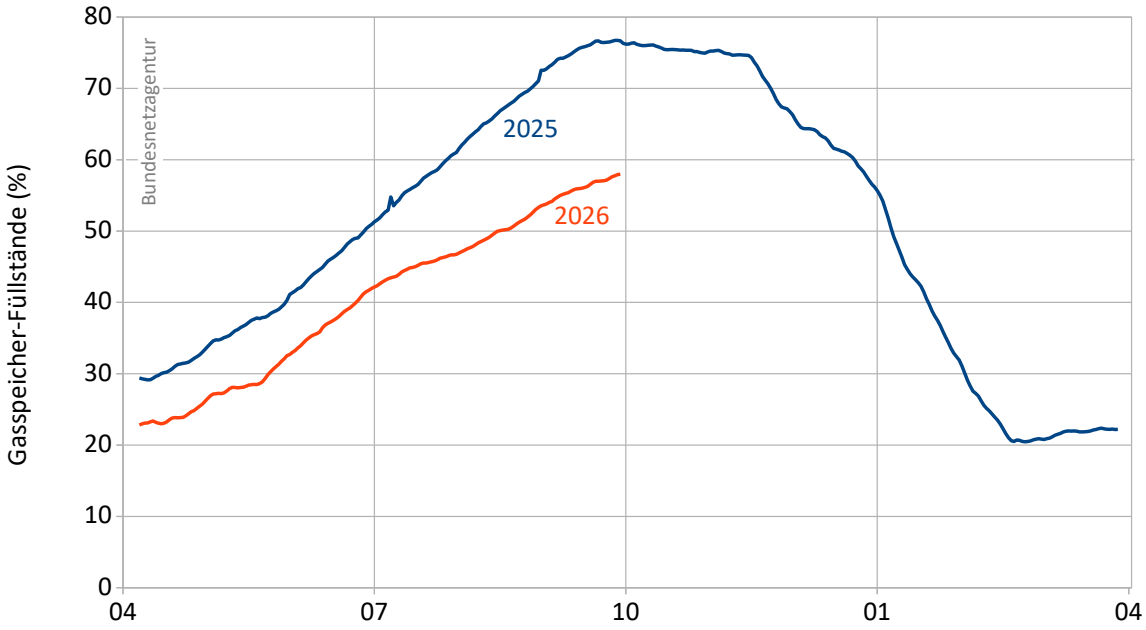
Wie sicher ist die Gasversorgung?

Speicher auf historisch niedrigstem Stand

Von Manfred Kriener – 3.10.2026

Wir erinnern uns noch gut an den Gasschock nach Beginn des Ukrainekriegs, als Putin „uns den Hahn abdrehte“. Der damalige Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bettelte im Krisenmodus mit tiefen Bücklingen beim Emir in Qatar um Zuteilungen des fossilen Brennstoffs. Der Gaspreis stieg in der Spitze auf nie dagewesene 346 Euro für die Megawattstunde, und die Bundesbürger waren aufgefordert, kürzer zu duschen oder lieber gleich den Waschlappen zu nehmen. Die Republik fürchtete den Energienotstand, der Füllstand der Gasspeicher wurde zum Gradmesser gesellschaftlicher Erregung.

Vier Jahre später, sechs Monate nach Beginn des Irankriegs, stehen die Vorräte in den unterirdischen Gaskavernen erneut im Fokus. Werden sie ausreichen, um einen möglicherweise harten Winter zu überstehen? „Wehe der Winter wird kalt“, titelt die FAZ. Der Füllstand der deutschen Gasspeicher lag Mitte September mit Beginn der Heizperiode bei historisch niedrigen 56 Prozent. Im vergangenen Jahr waren es zum selben Zeitpunkt 75,8 Prozent. Bis Ende September kletterte er auf nur 58 Prozent.



Gasspeicher-Füllstände 2025 und 2026

Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) ficht das nicht an, sie wies im Bundestag alle Vorwürfe zurück, sie nehme eine Versorgungskrise in Kauf. Ihr Mantra: keine staatlichen Eingriffe, sie setze ganz auf marktgetriebene Mechanismen: „Der Staat darf nicht selbst zum Preistreiber werden, sonst sind hohe Energiepreise das Ergebnis und unsere Wirtschaft wird noch mehr belastet“. Das Ministerium habe aber „Vorkehrungen für jedes Szenario“ getroffen. Offen blieb, wie diese Vorkehrungen genau aussehen.

Entgegen ihrer Strategie der staatlichen Zurückhaltung hat die Wirtschaftsministerin dann doch interveniert, um die aktuell kritische Gasversorgung zu verbessern. Zuerst mit zusätzlich vereinbarten „Long Term Options“ (LTO), mit denen größere Gasmengen für einen späteren Bedarfsfall abgesichert werden. Gashändler erhalten Vergütungen, vereinbarte Mengen verfügbar zu halten. Dann in einem zweiten Schritt tat die Wirtschaftsministerin genau das, was sie zuvor noch als absolutes No-go abqualifiziert hatte. Sie wies das in staatlichem Besitz befindliche Unternehmen Sefe Energy an, mehr Erdgas einzuspeichern. Die beiden bundeseigenen Unternehmen Sefe Energy und Uniper sind für das Gasspeichergeschäft zuständig.

Sprecher des Wirtschaftsministeriums, aber auch der Bundesnetzagentur, hatten zuvor mehrfach erklärt, dass „die Marktakteure zum Befüllen der Speicher verpflichtet seien“, so BMWE-Sprecherin Anne Lorenzat. Die Wintervorsorge sei „Aufgabe der Gashändler, sie haben Lieferverpflichtungen gegenüber Stadtwerken, Versorgern, Industrie und anderen Kunden und müssen sich ausreichend absichern“, erklärte die Bundesnetzagentur.

Der Gasmarkt im Aufruhr

Doch das Geschäftsmodell der Gashändler – im Sommer den Brennstoff billig einkaufen, im Winter teuer verkaufen – funktioniert nicht mehr. In den vergangenen Jahren hat der dabei erzielte Gewinn stets die Speicherung finanziert. Wegen des Irankriegs und der geschlossenen Straße von Hormus war der Gasmarkt während dieses Sommers in Aufruhr und deutlich verknappt, mit entsprechend hohen Preisen. Wichtige Transportwege waren gesperrt und die von iranischen Drohnen schwer getroffene, weltweit größte Flüssiggas-Anlage in Ras Laffan in Qatar kann ihre Lieferverpflichtungen nicht mehr erfüllen. Das hatte das Gasangebot stark reduziert.

Eine echte Entspannung ist auch jetzt noch nicht in Sicht, obwohl höhere Gasexporte aus Nordamerika und Afrika die globale Versorgungslücke teilweise ausgeglichen hätten, wie die Internationale Energieagentur der OECD bilanziert. Die Nicht-Golfstaaten hätten 27 Milliarden Kubikmeter zusätzlich produziert, berichtet die IEA, womit dem Markt nur noch vier Prozent der vorjährigen Menge fehlen würden. Doch die Preise bleiben hoch, Mitte September lagen sie bei über 80 Euro je Megawattstunde, 40 Euro mehr als vor den Bombardierungen Irans. .

Als Folge müssen die Gasspeicher teuer gefüllt werden, auf die Gaskunden kommen empfindliche Mehrkosten zu. Doch anders als die stark gestiegenen Spritpreise an den Tankstellen waren die Gasversorgung und die gestiegenen Preise für diesen Energieträger in der Öffentlichkeit kaum ein Thema. Erst jetzt, mit Beginn der Heizperiode, blickt die Nation irritiert auf die niedrigen Gasvorräte. Die Zielvorgabe eines 90- oder zumindest 80-prozentigen Speicherstands bis zum 1. November kann schon aus technischen Gründen nicht mehr erreicht werden. Die Befüllung geht nur sehr langsam voran, Gasspeicher sind keine Fässer, die man nach Belieben in kurzer Zeit vollpumpten kann. Bis November ist nach Einschätzung des Energie-Speicherverbands INES ein Füllstand von maximal 77 Prozent erreichbar. Und selbst dieser Wert könne nur erreicht werden, wenn sich „das Befüllungstempo erheblich erhöht“, so die INES-Aussage.

Der Verband hat deshalb schon Anfang September die Alarmtaste gedrückt: Bei einem sehr kalten Winter würden die Gasvorräte nicht ausreichen, erklärte der Verband, es könnte zu einer „Unterdeckung“ kommen. Auf Deutsch: Die Gasversorgung wäre nicht mehr gewährleistet, einige Industrieanlagen müssten dann wohl abgeschaltet werden.

Der Stuttgarter Ingenieur für Energietechnik, Andreas Käser, der als Energieexperte den Gasmarkt seit Jahren verfolgt, sieht neben einem strengen Winter noch weitere Risiken wie Dunkelflauten oder ein kalter Winter in Frankreich, der die Stromexportmöglichkeiten der Franzosen nach Deutschland beeinträchtigen kann. Wenn im Winter die Solareinspeisung zurückgehe und an windstillen Tagen die Versorgung durch Erneuerbare Energien einbreche, werde verstärkt Gas verstromt. So war es im ersten Quartal 2026 der Fall. Dies lasse die Gasreserven weiter schrumpfen. Käser: „Wenn wir den letzten Winter als Maßstab nehmen, dann haben wir ab Februar ein echtes Versorgungsproblem, dann wird uns im März und April das notwendige Gas fehlen."

Die Verantwortung nicht den Gashändlern zuschieben

Käser kritisiert, dass sich die Wirtschaftsministerin aus der Verantwortung stehle. Die Beschaffung von Gas sei zwar vorrangig Sache der Händler, aber „die Bundesregierung muss die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleisten, wir brauchen ein kluges vorausschauendes Risikomanagement". Denn die Folgen einer Gaskrise würden das ganze Land treffen. Nicht nur die Industrie ist vom Gas abhängig, auch die Fernwärmeversorgung vieler Städte und letztlich jede einzelne mit Gas beheizte Wohnung.

Ministerium und Bundesnetzagentur vertrauen indes darauf, dass die Kapazitäten für den Import von Flüssiggas deutlich erhöht worden seien. Pipeline-Importe, Flüssiggas-Importe und die Speicher würden dafür sorgen, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet sei. Die FAZ, die gerade noch vor einem harten Winter gewarnt hatte, sieht jetzt plötzlich alles im Lot und titelt: „Schafft die Gasspeicherziele ab!" Im selben Artikel muss sie aber einräumen, dass die Resilienz der Gasversorgung auf wackligen Füßen steht. So sind die LNG-Exporte aus den USA auch von der Laune Donald Trumps abhängig, der sie als Erpressungsinstrument gegenüber der EU nutzen könnte. Auch Hurrikan-Schäden an den LNG-Terminals der USA oder Streiks bei anderen Exportländern, unvorhergesehene Wartungen oder gar Sabotageaktionen und Angriffe auf Gas-Infrastrukturen können die Gasversorgung gefährden.

Zuletzt hatte auch noch EU-Energiekommissar Dan Jørgensen vor einer Gaskrise gewarnt, zumal in der gesamten EU die Gasspeicher Anfang Oktober nur zu 70 Prozent gefüllt waren. Jørgensen fordert die EU-Länder zum Energiesparen auf: Die Nachfrage nach Gas und Strom sollte angesichts der niedrigen Füllstände so lange wie möglich gesenkt werden.

Auch Gasexperte Käser bleibt besorgt: „Wenn auf dem Weltmarkt nicht mehr genügend Gas verfügbar ist oder die Importkapazitäten zu klein sind für Verbrauchsspitzenwerte, dann spielen auch Lieferverpflichtungen und vereinbarte LTOs keine Rolle mehr". Insbesondere der Iran- und Ukraine- Krieg verschärfen aktuell die globale Energiekrise massiv. Deshalb fordert Käser ein Ende der Kriege mit neuen internationalen Verträgen und neuen gemeinsam getragenen geopolitischen Sicherheitsarchitekturen.